

BRH ging mit konstruktiver Kritik an der Pflege im Krankenhaus zu Barbara Steffens

12.02.2013

Ministerin will nicht nur den Finger in die Wunde legen!

Euskirchen. "Sie rügen mit Recht die bei weitem nicht ausreichenden Strukturen". Ein "Schönreden", das wir wissen, hilft nicht. Die Verantwortlichen der einzelnen Sektoren, des ambulanten wie des stationären Bereichs, arbeiten daran, geeignete Lösungen zu finden. Die Fachkraft für Fragen Gesundheit und Pflege im Seniorenverband BRH, Gabi Paersch, hatte die nordrhein-westfälische Familienministerin Barbara Steffens auf die Pflegesituation insbesondere für Menschen mit schweren geriatrischen Erkrankungen während stationärer Krankenhausaufenthalte aufmerksam gemacht und Verbesserungen gefordert.

Die Ministerin dankte der BRH-Vertreterin für ihr Engagement und ihre konstruktive Kritik an der Pflege im Krankenhaus, bedauerte aber gleichzeitig, dass es für sie gar nicht so einfach ist, die benannten Mängel, die ganz verschiedene Ursachen hätten, abzustellen. Man werde aber ganz gezielt darauf eingehen und mögliche Verbesserungen umsetzen. Gerade Menschen mit Behinderungen oder bereits bestehendem hohem Pflegebedarf würden eine intensivere Unterstützung benötigen.

Auch auf die beanstandeten Fehler in den Krankenhäusern ging die Ministerin ein. Es sei richtig, dass Überlastung und Überforderung im Krankenhaus zu Fehlern führen können, die nicht passieren dürfen. Dies geschehe, obwohl man davon überzeugt sei, dass sich die Kräfte in den Krankenhäusern des Landes sehr bemühen, die Versorgung gut zu organisieren. Dazu hatte Paersch eine Umschichtung von Geldern der Krankenkassen vorgeschlagen. Das aber - so die SPD-Ministerin - sei allerdings wegen der gesetzlichen Bestimmungen nicht möglich. Dagegen hoffe man aber mit der Einführung struktureller Qualitätsmerkmale für Krankenhäuser bessere Behandlungsvoraussetzungen für Patientinnen und Patienten zu schaffen. Zudem hoffe man, dass durch besondere Zuwendung geschulter Menschen, durch eine veränderte Narkoseführung bei einer Operation und weitere Maßnahmen verhindert werden kann, dass der Krankenhausaufenthalt - vor allem bei älteren Menschen - zu Desorientierung und Verwirrtheit und damit zum Risiko einer deutlichen Verschlechterung auf Dauer führt.

"Uns" - so die Ministerin - ist sehr bewusst, dass vor allem vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung tragfähige Lösungen gefunden werden müssen. Auch an dieser Stelle wird das Ministerium nicht nur den Finger in die Wunde legen und bei der zuständigen Bundesregierung Konzepte anmahnen, sondern sich auch konstruktiv an möglichen Lösungen beteiligen.

[Zur Nachrichtenübersicht](#)

